

# Ein Arbeitskabinett Cuno

## Die jüngste Krise

Die sonderbaren und in gewissem Sinne beinahe entmutigenden Begleiterscheinungen der innerpolitischen Krise Deutschlands kann nur der voll verstehende, der die Bedürfnisse des deutschen Volkes, seine materielle und seelische Not kennt. Nur aus der Zermürbung, die die Folge eines vierjährigen Friedens im Zeichen des Versailler Vertrages und im besonderen die Wirkung des letzten katastrophalen Marksturzes ist, lässt sich die Unfruchtbarkeit, lässt sich der Mangel an Initiative und wirklichem Führertum, lässt sich der kleinliche Hader der Parteien erklären, unter dem Deutschland, sichtbar noch als bisher, in den jüngsten Wochen gelitten hat. Nachdem man rechts wie links allmählich gelernt hatte, gewisse taktische und agitatorische Einseitigkeiten und Ubertreibungen zu vermeiden und sich mit den gegebenen Realitäten, die die Unterdrückung einer wichtigen Klasse oder Wirtschaftsgruppe durch die andere nicht ohne entscheidende Schädigung des Ganzen zulassen, abzufinden, war die Zeit für die „grosse Koalition“, für das Zusammenwirken der Vertretungen der Arbeiterschaft und der führenden Unternehmerschicht im Parlamente und in der Regierung reif. In Preussen, wo das Kabinett keine „grosse Politik“ zu machen, sondern lediglich die Verwaltung des Landes nützlichern und vernünftig zu führen hat, besteht diese Koalition, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht und nur die extreme Flügelparteien auf der Rechten wie auf der Linken ausschliesst, schon seit geraumer Zeit. Im Reiche, wo die grossen Grundfragen der Aussenpolitik und der Wirtschaftspolitik zu lösen sind, war die Überwindung der Gegensätze schwieriger, aber auch wichtiger und dringlicher. Die Wirtschaftspolitik des Reiches hatte sich, unter überwiegender sozialdemokratischem Einflusse, als einermassen steril erwiesen. Die Schnellschuss nach der Initiative, nach der aktiven Mitwirkung derjenigen Gruppen und Persönlichkeiten, die in der Privatwirtschaft die führende Rolle spielen, ist in den letzten Monaten bei den bürgerlichen Mittel- und Linksparteien, die mit der Sozialdemokratie zusammen die Regierungskoalition bildeten — beim Zentrum und bei den Demokraten — immer lebhafter geworden. Als sich im Sommer die beiden sozialdemokratischen Parteien, die inzwischen ihre organisatorische Einigung vollzogen haben — im Reichsdraussen, in der Mitgliedschaft ist sie noch nicht ganz vollendet, und dies ist auch eine Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten —, zu einer parlamentarischen Interessengemeinschaft zusammenschlossen, gründeten Zentrum und Demokraten sogleich eine fraktionelle Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei, die die grosse Koalition vorbereiten sollte.

## Sozialdemokratie gegen Volkspartei

Nach den Verhandlungen mit der Reparationskommission, nachdem man sich unter dem Einflusse der Gutachten der ausländischen Finanzsachverständigen endlich mühsam auf ein praktisches Programm der vorläufigen Marktstabilisierung und auf ein allerdings viel allgemeineres und loseres der inneren Wirtschaftsreform geeinigt hatte, hielt der Reichskanzler Wirth die Zeit für gekommen, um die Regierung „umzubilden“ und auf die Basis der grossen Koalition zu stellen. Die Fraktionen der Zentrums- und der Demokratischen Partei fassten entsprechende Beschlüsse; ob völlig spontan oder einer ausdrücklichen Anregung des Kanzlers folgend, bliebe dahingestellt. Die Sozialdemokratie aber erklärte, dass sie die grosse Koalition zurzeit ablehnen müsse. Durch die ungeheure Geldentwertung, die rasend zunehmende Teuerung, die drohende Gefahr der Verschlechterung des Arbeitsmarktes seien die Massen ausserordentlich erregt; ein offizielles Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei, der Vertretung des Grossunternehmertums, der „Partei des Herrn Stinnes“, würde diese Erregung gefährlich steigern und der skrupellosen kommunistischen Verhetzungpropaganda zu beträchtlichen Erfolgen verhelfen. Die Sozialdemokratie könne

ihre Gefolgschaft nur „in der Hand behalten“, wenn sie die Interessen der Massen klar, energisch und mit einem gewissen Radikalismus ver-

trete, wenn sie ihr Gewicht in der Regierungskoalition und im Kabinette mindestens bewahre, womöglich noch weiter verstärke, und wenn sie

jeden Anschein offiziellen Paktierens mit den Repräsentanten der Grosskapitalismächte vermeide. Einzelne „Wirtschaftler“ könnten — freilich nicht auf Kosten des sozialdemokratischen „Besitzstandes“ im Kabinett — in die Regierung aufgenommen werden; eine offene Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Koalition und am Ministerium, sowie die Ernennung mehr oder weniger führender volksparteilicher Abgeordneten zu Ministern, sei aber ausgeschlossen.

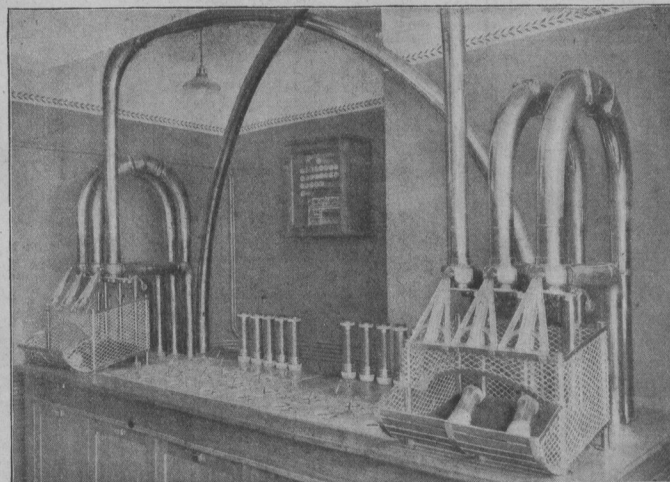
Auf den Gedanken der „inoffiziellen“ Heranziehung nicht der Deutschen Volkspartei selbst, sondern gewisser wirtschaftlich orientierter Persönlichkeiten, die dieser Partei nicht fernstehen, wollte der Reichskanzler Wirth nicht eingehen. Ausserdem bestand ja der Sinn der grossen Koalition nicht darin, die Regierung, ohne Aenderung ihrer parlamentarischen Basis, durch etliche Industrielle oder Syndice zu ergänzen; das Ziel war vielmehr, die starken geistigen und wirtschaftlichen Kräfte des Unternehmertums, vor allem des Grossunternehmertums, in den Dienst der Erhaltung des Gemeinwesens und des Wiederaufbaus des Staates und der Wirtschaft zu stellen. Dies Ziel war nicht zu verwirklichen, wenn man jenen Kräften nicht in der Regierung selbst das Gewicht zugestand, das sie verlangten und das sie zu positivem und verantwortlichem Mitschaffen auch tatsächlich brauchen.

## Reichskanzler Wilhelm Cuno

Die Sozialdemokratie lehnte also die grosse Koalition ab, während Zentrum und Zentrum sich weigerten, ohne die Volkspartei in der Regierungskoalition zu bleiben: so brach das bürgerlich-sozialdemokratische Kabinett Wirth mitten auseinander. Der Reichspräsident Ebert beauftragte weder die Sozialdemokratie, die Herr Wirth „gestürzt“ hatte, mit dem — aussichtslosen — Versuche der Kabinettsbildung, noch die Deutsche Volkspartei. Er briefief vielmehr einen der wenigen führenden Wirtschaftler, die parteipolitisch nicht „vorbelastet“ waren, sondern sich, ohne agitatorisch für eine bestimmte Richtung hervorzutreten, auf dem Boden allgemein bürgerlich-mittelparteilicher Anschauungen bewegten, den Generaldirektor der Hapag, Geheimrat Dr. Wilhelm Cuno, und übertrug ihm die Aufgabe, mit den Fraktionen, oder, wenn das nicht ging, in einer gewissen Unabhängigkeit von ihnen, eine neue Regierung zu schaffen. Die ersten Versuche Cunos das Kabinett auf parlamentarischer Basis zustandezubringen, scheiterten, weil die Sozialdemokraten ausserordentlich hohe Forderungen stellten — Forderungen nicht nur in bezug auf das, was sie selbst bekommen, sondern auch in bezug auf das, was den anderen vorzuenthalten werden sollte — und weil überhaupt die Ansprüche der Fraktionen nicht einander in Einklang zu bringen waren. Darauf versuchte Cuno die Bildung eines Kabinetts „über den Fraktionen“, eines Kabinetts also, dessen Mitglieder er sich ohne Befragung der Parteien nach eigenem Ermessen aussuchte. Die bürgerlichen Mittelparteien gaben, ohne selbst eine politische Mitverantwortung zu übernehmen, ihren Fraktionsangehörigen die Erlaubnis, auf den etwaigen Wunsch des designierten Reichskanzlers in sein Ministerium einzutreten; die Sozialdemokratie untersagte ihren Leuten die Beteiligung. Da die Anzahl der ministrablen Persönlichkeiten ausserhalb des Parlaments in Deutschland verhältnismässig gering ist, und da manche dieser Persönlichkeiten sich nicht bereit finden, ihre wirtschaftliche Führerstellung mit einer politischen zu vertauschen, wurde das Ministerium Cuno bei dieser Methode der Kabinettsbildung beinahe zwangsläufig ein Kabinett der bürgerlichen Mittelparteien, der Parteien der sogenannten Arbeitsgemeinschaft, und zu dessen Unterstützung sich die Parteien, denen seine Mitglieder im wesentlichen entstammten, nicht von vornherein verpflichteten. Bleibt es als „Übergangskabinett“ einige Monate lang bestehen und leistet es während dieser Zeit positive Arbeit, so ist es unter den gegenwärtigen schwierigen und verworrenen parlamentarischen Verhältnissen vielleicht noch die beste Lösung.



**Einst und jetzt!**  
Kaufmännischer Betrieb im 16. Jahrhundert  
Aus dem Holzschnitt von Jost Amman „Allegorie des Handels“.



Rohrpost-Anlage eines grossen modernen Betriebes  
(Siehe die Artikel über den modernen Bürobetrieb auf Seite 3, 5 und 9.)